

Voppel: Sachenrecht (einschl. Kreditsicherung), #12

21.10.2005

- „**Sachenrecht**“ bezieht sich wesentlich auf das **Eigentum**;
Sachenrecht ist synonym zu „**dingliche Rechte**“
 - sie wirken **absolut**, also gegen jedermann (z.B. Urheberrecht, gewerbliche Schutzrechte)
 - im Ggs. zu den Schuldrechten („**obligatorische Rechte**“),
bei denen meist 2 Pers. involviert sind
 - wichtig ist dabei das **Abstraktionsprinzip**¹, die **Trennung** zwischen dem **schuldrechtlichen Verpflichtungsgeschäft** (z.B. § 433 beim Kauf) und dem **sachenrechtlichen** (oder schuldrechtlichen) **Verfügungsgeschäft** (im Falle des KV also 2 Übertragungen: Geld und Sache)
- **Sache** meint einen **körperlichen Gegenstand** (vgl. § 90) – nicht-körperliche Gegenstände sind Forderungen, Rechte, usw.; **Rechte an Sachen** werden durch **Verfügungen** übertragen
- Trotz § 90a wird im Recht das Tier nach den Vorschriften der Sachen behandelt

¹ Das **Abstraktionsprinzip** gehört zu den Grundsätzen des deutschen Zivilrechts und lässt sich schon im römischen Recht finden. Es hat sich unter dem Einfluss von Savigny im 19. Jahrhundert durchgesetzt und ist seit 1900 im Bürgerlichen Gesetzbuch (BGB) verankert. Das Abstraktionsprinzip beruht auf dem Trennungsprinzip und besagt, dass Kausalgeschäft und abstraktes Geschäft in ihrem rechtlichen Bestand voneinander unabhängig sind. Dieser Grundsatz ist für Laien nicht ohne weiteres verständlich. Daher soll folgendes Beispiel der Erläuterung dienen: „Müller kauft von Friedrich ein Auto. Er bezahlt noch am gleichen Tag. Den Wagen und die Papiere erhält er aber erst eine Woche später.“

Der (deutsche) Jurist trennt hier drei Vorgänge: Zunächst haben Müller und Friedrich einen Kaufvertrag gemäß § 433 BGB, das Verpflichtungsgeschäft, geschlossen. Der Kaufvertrag ist ein Kausalgeschäft. Aber erst als Friedrich dem Müller das Auto mitgegeben hat, hat er durch ein abstraktes Geschäft gemäß § 929 BGB, in Form eines Verfügungsgeschäft, das Eigentum auf Müller übertragen. Müller andererseits erfüllte seine Verpflichtung durch Zahlung, also Übereignung und Übergabe des Geldes sofort.

Das Abstraktionsprinzip besagt nun, dass die abstrakten Geschäfte - im Beispielsfall also Übereignung des Fahrzeuges und Übereignung des Geldes - auch wirksam sind, wenn das Kausalgeschäft, also der Kaufvertrag, unwirksam ist, weil beide voneinander in ihrem rechtlichen Bestand unabhängig sind. Ein solcher Fall läge beispielsweise vor, wenn Friedrich bei Abschluss des Kaufvertrages wegen absoluter Volltrunkenheit nicht geschäftsfähig gewesen wäre. Dann ist der Kaufvertrag unwirksam, Müller wird aber trotzdem Eigentümer des Wagens, wenn Friedrich bei der Übereignung wieder geschäftsfähig war.

Das Abstraktionsprinzip dient somit der Rechtssicherheit. Wenn Müller durch abstraktes Geschäft das Eigentum erwirbt, obwohl das zu Grunde liegende Kausalgeschäft (der Kaufvertrag) unwirksam ist, kann er das Auto dennoch ohne Sorgen weiterverkaufen: Er ist schließlich Eigentümer geworden. Falls Müller Schulden hat, könnten seine Gläubiger das Auto pfänden, auch ohne sich Gedanken über den Kaufvertrag machen zu müssen.

Da mit dem abstrakt wirksamen dinglichen Geschäft bei unwirksamem Verpflichtungsgeschäft jedoch keine endgültige Güterzuordnung getroffen werden soll, besteht das Bereicherungsrecht §§ 812ff BGB. Das BGB sieht somit eine Möglichkeit vor, die Übergabe des Eigentums rückabzuwickeln. § 812 BGB sagt in diesem Beispiel aus, dass Friedrich das Eigentum am Auto zurückfordern kann, wenn der Grund für das Übereignungsgeschäft (der Kaufvertrag) wegfällt.

In vielen anderen Rechtsordnungen gilt statt des Abstraktionsprinzips das Kausalprinzip. So wird beispielsweise in Österreich zwar zwischen Kausalgeschäft und abstraktem Geschäft unterschieden, wobei aber der Bestand des Verfügungsgeschäftes vom Bestand des Verpflichtungsgeschäftes abhängig ist. Das französische Recht kennt bereits keine Unterscheidung zwischen Kausalgeschäft und abstraktem Geschäft: Wer beispielsweise ein Auto kauft, wird (grundsätzlich) mit Abschluss des Kaufvertrages auch Eigentümer.

Das Abstraktionsprinzip ist seit seiner Einführung in der juristischen Literatur oft kritisiert worden. Viele Autoren bemängeln, dass ein einheitlicher Lebenssachverhalt in künstliche Teile zerlegt werde. Dies sei für juristische Laien kaum verständlich. Weiterhin führe das Abstraktionsprinzip zu unbilligen Ergebnissen, da es an der Übertragung des Eigentums auch dann festhalte, wenn hierfür kein Grund bestand, der zugrundeliegende Kaufvertrag beispielsweise nichtig ist. Einen Höhepunkt erreichte die Kritik während der Zeit des Nationalsozialismus, als die bestehende Rechtslage aufgrund ihrer Komplexität als „unvölkisch“ abgelehnt und Reformen gefordert wurden.

Das Abstraktionsprinzip ist auch im Rahmen der Vereinheitlichung der Zivilrechtsordnungen innerhalb der EU angegriffen worden. Deutschland ist das einzige Mitgliedsland, in dem das Abstraktionsprinzip gilt. [Wikipedia]

- **§ 93: „wesentliche Bestandteile“** einer Sache sind z.B. Gebäude/ Bäume auf **Grundstücken** oder auch Fenster/ Heizung im **Haus**
 - an wesentlichen Bestandteilen können **keine gesonderten Rechte** bestehen
 - der **Motor** gilt beim **Auto nicht als wesentliche Sache**
 - die **Bewertung** wesentlicher Bestandteile **folgt der Verkehrssitte**
 - **Ausnahmen**
 - **Eigentumswohnung** – Erbbaurecht trennt Haus vom Grundstück
 - zeitliche Einordnung: Bäume in **Baumschule** sind auch kein w.B. („Scheinbestandteil“)
- „**Zubehör**“ nach **§ 97** ist wichtig für die **dingliche Sicherung**: das Zubehör haftet mit, obschon es sich nicht um einen w.B. handelt
- die „**Früchte**“ nach **§§ 99, 100** kommen aus dem römischen Recht; demnach handelt es sich zunächst um die botanischen Früchte oder auch Lämmer, Kälber; allgemein geht es um **alles, was aus dem Gebrauch** einer Sache an **Vorteil erwächst: Miete, Pacht, ...**
- „**Beschränkte dingliche Rechte**“:
 - bspw. die Nutzung im Rahmen eines Nießbrauchs oder die Verwertung im Rahmen einer Hypothek
 - das Egt. verbleibt beim Eigentümer, der andere bekommt nur einen **Ausschnitt** der Rechte – in diesem Ausschnitt sind die Rechte aber wieder absolut
- Die meisten **Vorschriften** des **Sachenrechts** gelten für **bewegliche** und **unbewegliche** Sachen **gleichermaßen**
- Es gibt vier (wird uneinheitlich behandelt, vgl. Schema nach BERGER) **Grundprinzipien** im **Sachenrecht**:

1. Typenzwang

Man kann keine neuen „Rechte“ erfinden – im Ggs. dazu kann man im Schuldrecht fast alles vertraglich regeln

- Egt. ist Egt. (mit allen dazu definierten Vorschriften) und kann nicht umdefiniert werden
- **numerus clausus = feste Anzahl von Typen**

Grundprinzipien des Sachenrechts im Vergleich zum Schuldrecht nach Prof. BERGER, 2005	
<u>Schuldrecht</u>	<u>Sachenrecht</u>
regelt Rechtsbeziehungen zwischen Personen ("schuldrechtliche Ansprüche"= Zugriffsrecht auf Vermögen des Vertragspartners, § 241 Abs. 1)	regelt Rechtsbeziehungen zwischen Personen und Sachen ("dingliche Ansprüche"= Zugriffsrecht auf Sache, vgl. z.B. § 985)
<p>1. Grundsatz der Relativität schuldrechtliche Rechtsbeziehungen wirken nur "inter partes" z.B. § 433 Abs. 1 nur gegen Verkäufer aber: zahlr. Ausnahmen im Gesetz, z.B. § 267, § 328; § 398, § 414, insbes. § 566</p>	<p>1. Grundsatz der Absolutheit dingliche Rechte wirken gegenüber jedermann ("absolute Rechte") Grund: Zuweisungsgehalt des dinglichen Rechts verleiht Herrschafts- und Abwehransprüche gegenüber jedermann (vgl. z.B. § 903)</p>
<p>2. Gattungsschulden zulässig schuldrechtliche Verpflichtung* muss nicht auf bestimmten, individuell festgelegten Gegenstand bezogen sein § 243 Abs. 1; vgl. aber § 243 Abs. 2</p>	<p>2. Bestimmtheitsgrundsatz ("Spezialität") Alle dinglichen Rechte bestehen nur an einzelnen Sachen; An Sachgesamtheiten bestehen keine umfassenden dinglichen Rechte</p>
<p>3. Vertragsfreiheit ("Privatautonomie") Parteien sind nicht auf die im Gesetz geregelten "typischen" (benannten) Verträge festgelegt, § 311 Abs. 1 Abschlussfreiheit und inhaltl. Gestaltungsfreiheit</p>	<p>3. Typenzwang ("numerus clausus" der Sachenrechte) wird von Lehre u. Rspr. im Wege der Rechtsfortbildung durchbrochen (Sicherungsübereignung, Anwartschaftsrecht); Abschlussfreiheit, aber keine inhaltl. Gestaltungsfreiheit</p>
<p>4. Keine Offenkundigkeit Zugang der WE beim Vertragspartner (vgl. oben Nr. 1) genügt; "Offenkundigkeit" wird nur im Fall von Formvorschriften bewirkt</p>	<p>4. Offenkundigkeitsprinzip ("Publizität") dingl. Rechtsgeschäft erfordert Publizitätsakt; Anknüpfungspunkt: Besitz (§§ 929, 1006), Grundbuch (§§ 873, 891)</p>
<p>*Merke: "Verpflichtung" ist die Begründung einer Leistungspflicht, ohne dass auf ein Recht unmittelbar eingewirkt wird; Begründung eines Rechts ist keine Verfügung!!</p>	<p>*Merke: "Verfügung" ist jede Aufhebung, Übertragung, Belastung oder Inhaltsänderung eines Rechts (AUBI); auch das Schuldrecht kennt Verfügungen!!</p>

2. Publizität

Es soll dokumentiert werden, wer der **Rechteinhaber** ist

- bei beweglichen Sachen übernimmt das der Besitz
 - die Egt.-Vermutung (§ 1006) war früher normal – heutzutage, da Ratenzahlung mit Egt.-Vorbehalt, Sicherungsübereignung und Leasing weit verbreitet sind, nicht mehr
- bei unbeweglichen Sachen: Grundbuch (früher: Scholle mit grünem Zweig)
- „Einigung und Eintragung“ entspricht der „Einigung und Übergabe“ bei bewegl. Sachen
 - Unternehmen können verkauft, aber nicht übertragen werden – alles, was dazu gehört, muß einzeln übertragen werden

3. Spezialität

- Rechte nur an einzelnen, bestimmbaren Sachen, nie einer Gesamtheit (Sachen sind nur einzeln übertragbar)
- Ausnahme: **Gesamtrechtsnachfolge** bei Erbschaft

4. Bestimmtheit

- Egt. kann nur an einer **bestimmten** Sache übertragen werden
- fehlt die Bestimmtheit, ist die **Verfügung unwirksam**

Eigentum

- **Eigentümer** sein bedeutet, die **absolute Herrschaftsmacht** über eine Sache haben
 - **Art. 14 GG**² bezieht sich auf sämtliche **Vermögensrechte** (auch geistige Rechte)
 - schließt eine „**Institutionsgarantie**“ ein, d.h., der Gesetzgeber kann **Eigentum nicht einfach abschaffen**
 - dient auch als „**Abwehrrecht**“, wenn der **Staat** auf das Egt. **zugreifen** will – Ausnahme dafür ist lediglich die **Enteignung**, für deren **Anwendbarkeit** aber wiederum **strenge Normen** gelten
- Der § 903 gilt als „**Generalklausel**“ für die **Befugnisse** des Eigentümers
 - **Beschränkungen** gelten insoweit, als die **partikulären**³ **Eigentümerinteressen** mit denjenigen **anderer** in **Einklang** gebracht werden müssen
 - bspw.: wenn dadurch das Nachbarhaus in seiner Statik gefährdet würde, darf man als Hauseigentümer seines nicht absenken
- **Urheberrechte** des **Architekten** können **verhindern**, daß der **Eigentümer** bestimmte **Veränderungen** an seinem Haus **vornehmen** darf – **jene liegen über denen** (!!)
 - der Egt. ist also doch in seiner Verfügungsmacht beschränkt
 - vgl. Urteil: „Felseneiland mit Sirenen“
 - wesentliche Bereiche, wo die **Eigentümerrechte beschränkt** sind:
 - **Grundstücksrecht**
 - **Mietrecht** (soziale Aspekte treten in den Vordergrund)
 - **Wirtschaftsrecht** (Umweltschutz, Arbeitsrecht, ...)

² **GG Art 14**

(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.

(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.

(3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

³ „**Gemeines Recht**“ wird das Recht genannt, das für ein **Gebiet** als **Ganzes** gilt. Im **Ggs.** dazu gilt das „**partikuläre Recht**“ nur für einen **Gebietsteil**. Haben Rechtsnormen für alle Teile eines Rechtsgebietes Geltung, beruhen sie aber auf verschiedenen Rechtsquellen, so werden sie als „gemeinsames“ oder „allgemeines“ Recht bezeichnet; so wenn inhaltsgleiche Gesetze in verschiedenen Gebieten im Wege der Parallelgesetzgebung erlassen werden. [Creifelds: „Rechtswörterbuch“]

- An Eigentum können auch **mehrere berechtigt** sein:
Miteigentum unterscheidet man in
 - **Bruchteileigentum** (jeder verfügt über seinen ideellen Anteil, §§ 742 BGB ff)
 - **Gesamtheitseigentum** (Egt. „zur gesamten Hand“, es sind nur Gesamtentscheidungen möglich) wie z.B. Gesellschaft (Grundstück einer oHG), Ehe (bei Gütergemeinschaft) oder Erbengemeinschaft
- Beim **Treuhandeigentum** wird der **Treuhänder** (Gegenstück: „Treugeber“) **Eigentümer**, ist aber **schuldrechtlich** auf **bestimmte Nutzungen** festgelegt
- Beim **Wohnungseigentum** besteht zunächst ein **Miteigentum** am **gesamten Haus**. Durch eine **Teilungsvereinbarung** wird **Sondereigentum** aus dem Miteigentum **herausgelöst**. Darin können auch Besonderheiten festgelegt werden. Im Normalfall sind also die **Wohnungen Sondereigentum**, während **Dach, Treppenhaus** usw. **Miteigentum** bleiben.
 → auch: **Teilzeit-Eigentum** bei Ferienwohnungen

Besitz

- Man bezeichnet die **tatsächliche Sachherrschaft** mit „Besitz“ und unterscheidet nach **mittelbarem** und **unmittelbarem Besitz**
- **Unmittelbarer Besitz** liegt vor, wenn der
 - **Besitzwillen** und
 - die **tatsächliche Sachherrschaft**
 vorliegen, die rechtliche Berechtigung zum Besitz spielt keine Rolle. Besitzer kann ein Dieb, Mieter oder Finder sein. Zudem befindet sich alle in der eigenen Wohnung im eigenen Besitz (räumliche Eingrenzung), auch ohne daß man es nun beständig in Händen hielte.
 → Ausnahme: **Erbe** wird im Erbfall **sofort Besitzer** trotz Unkenntnis und fehlender physischer Nähe (§ 857)
 → Schutz vor gutgläubigem Erwerb von jemandem, der das Erbe an sich nimmt
- Der **Besitzwille** muß erkennbar sein
- „**Besitz**“ dient dem **Rechtsfrieden**
 - § 858, § 859, § 862
 - selbst der unberechtigte Besitzer hat **Besitzschutz** bei drohender Wegnahme
 - Fall: E ist Egt. eines Hause – Haus steht leer – E will abreißen lassen – Hausbesetzer kommen – wohnen dort 1,5 J. – Hausbesetzer werden durch E verjagt – diese klagen und bekommen Recht – trotzdem hat der E ein Recht, daß die Hausbesetzer gehen – deshalb das Mittel der Widerklage, sodaß dann die Gesamtumstände in toto verhandelt und abgeschlossen werden können
 - wichtig: **Publizitätsfunktion** des Besitzes
- Der **mittelbare Besitz** liegt vor, wenn vom Dritten (=dem unmittelbaren Besitzer) ein **Besitzrecht eingeräumt** wurde
 - z.B.: Mieter = **Fremdbesitzer**, unmittelbarer Besitzer
 Egt. = mittelbarer Besitzer, **Eigenbesitzer**
 beide verbindet ein **Besitzmittlungsverhältnis**
 - z.B. Miete, Pacht, Verwahrung, Pfandrecht
 - der **mittelbare Besitzer** muß vom unmittelbaren Besitzer **anerkannt** sein (!)